

Gesicht. Die Straße des 17. Juni war in Blau und Gelb getaucht, Kinder mit selbstgemalten Friedenstauben, Gewerkschafter neben Pfarrern, Ukrainer neben Russen, die in ihrer Heimat für dasselbe Plakat verhaftet worden wären.

Wenige hundert Meter entfernt hatte Bundeskanzler Olaf Scholz am selben Tag im Bundestag seine Zeitenwende-Rede gehalten. Straße und Parlament, Bevölkerung und Regierung schienen im Moment des Schocks über den russischen Überfall zunächst dasselbe zu wollen.



Mehr als 100.000 Menschen demonstrierten am 27. Februar 2022
rund um die Siegessäule in Berlin für Frieden in der Ukraine.

© Odd Andersen/afp

Viereinhalb Jahre später ist von diesem Moment wenig geblieben. Wer heute eine Ukraine-Kundgebung in Berlin-Mitte besucht, etwa am Jahrestag des Kriegsbeginns, sieht vor allem Teilnehmer aus der ukrainischen Diaspora. Das breite, interessenübergreifende Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, das 2022 die Straßen füllte, ist kaum noch sichtbar.

Die grenzenlose Solidarität, wie sie in den ersten Kriegsmonaten am Hauptbahnhof oder am ZOB in Charlottenburg zu spüren war, ist längst einer gereizten Stimmung gewichen. Viele Bauern in Deutschland sind gegen einen EU-Beitritt der Ukraine, weil sie fürchten, dass billiges ukrainisches Getreide den europäischen Markt überschwemmt. Kritik an Präsident Selenskyj wird heute nicht mehr geächtet, und besonders im Osten der Republik fragt man sich auch grundsätzlich, ob ein EU- oder sogar Nato-Beitritt des osteuropäischen Landes wirklich eine gute Idee wäre. Das Gefühl, das viele Deutsche haben: Immer weniger Geld in den

eigenen Taschen, während die EU immer neue Milliarden für den ukrainischen Staatshaushalt sucht. Vorstöße, ukrainische Männer, die vor dem Krieg geflohen sind, zurück an die Front in den Donbass zu schicken, sorgen hingegen für kollektives Kopfschütteln.

„Nicht in unsere Sozialsysteme“

Der CSU-Chef Markus Söder schrieb im September Folgendes auf X: „Wehrfähige Männer aus der Ukraine gehören in ihre Heimat, nicht in unsere Sozialsysteme.“ Zugleich forderte der bayerische Landesfürst, den sogenannten Rechtskreiswechsel abzuschaffen, durch den geflüchtete Ukrainer seit mehr als vier Jahren Bürgergeld statt Asylbewerberleistungen beziehen.



Riss zwischen Ukraine und USA: Selenskyj versucht nun, Trump zu erpressen



Rüstung statt Frieden: Wie viel Interesse hat Deutschland am Ende des Ukraine-Kriegs?

Neu ist die Forderung nicht, aber die Tonalität in Ukraine-Fragen kippt merklich – auch und besonders in der politischen Mitte. 2024 sagte Söder noch, man könne wehrpflichtige Ukrainer zurückschicken, „wenn die Ukraine uns darum bittet“. Im September 2025 nannte er es „legitim zu überlegen, wehrfähige Ukrainer in ihre Heimat zurückzusenden“, und lehnte im selben Atemzug einen Einsatz deutscher Soldaten in der Ukraine ab.

Dass dies keine bayerische Einzelstimme ist, zeigte Anfang September Außenminister Johann Wadephul (CDU). Im Podcast von Bild-Vize Paul Ronzheimer brachte der deutsche Chefdiplomat die Weitergabe deutscher Meldedaten an die Ukraine ins Spiel. „Wir wissen ganz genau, wer hier lebt, wer Sozialleistungen bezieht, wer bei den Behörden gemeldet ist, wer einen Aufenthaltsstatus hat“, sagte Wadephul. Die Rückkehr solle allerdings „ohne Zwang“ erfolgen.

Wie dieser Widerspruch aufgelöst werden soll, ließ der Außenminister jedoch offen. Die Berliner Zeitung hat schon damals festgehalten, dass Wadephul etwas angekündigt hat, das im Podcast-Studio schlüssig klingen mag, mit der Realität auf der Straße aber nichts zu tun hat. Wer als wehrfähiger Mann in die Ukraine zurückkehrt, darf das Land wegen des Ausreiseverbots nicht wieder verlassen. Und die rabiate Rekrutierungspraxis der ukrainischen Militärbehörden, im Volksmund „Busifizierung“ genannt, weil Männer auf offener Straße in Kleinbusse gedrängt werden, ist alles andere als freiwillig.



Kanzler Merz (l.) und Selenskyj beim EU-Gipfel in Brüssel: Während Berlin an seinem Ukraine-Kurs festhält, wächst im Land die Skepsis.

© Michael Kappeler/dpa

Hätten der CSU-Chef oder der Bundesaußenminister im Frühjahr 2022 gefordert, geflüchtete Ukrainer an die Front zurückzuschicken, wären sie politisch durchs Dorf gejagt worden. Damals holten Freiwillige Familien am Hauptbahnhof ab, Bund und Länder einigten sich parteiübergreifend darauf, Ukrainern Grundsicherung statt Asylbewerberleistungen zu zahlen. Die Grenzen des Denk- und Sagbaren haben sich in Ukraine-Fragen merklich verschoben.

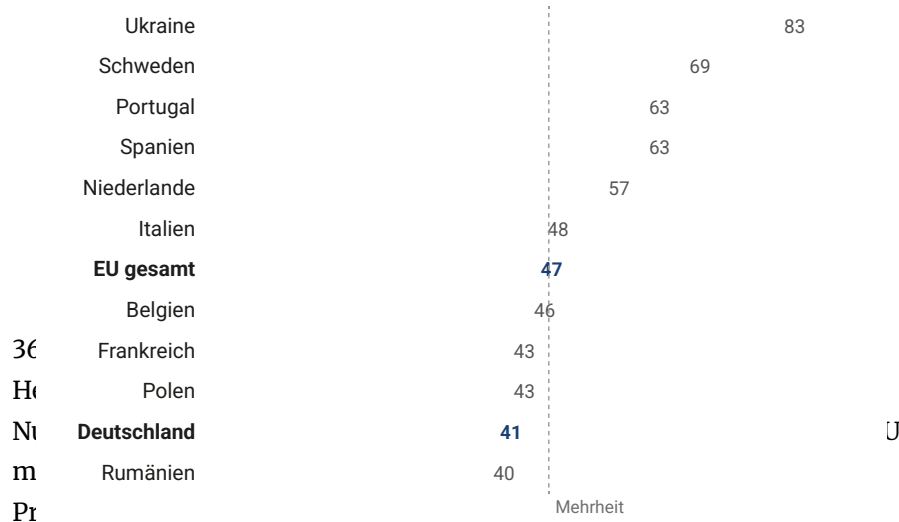
Von 61 auf 41 Prozent

Wie stark, zeigt eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung, die Mitte Oktober veröffentlicht wurde. Im März 2022 befürworteten noch 61 Prozent der Deutschen einen EU-Beitritt der Ukraine. Im Juni dieses Jahres waren es nur noch 41 Prozent, 59 Prozent lehnen einen Beitritt in den kommenden Jahren ab. In keinem EU-Land außer Rumänien ist die Ablehnung größer. Befragt wurden 16.795 Menschen in allen Mitgliedstaaten.

Soll die Ukraine in die EU?

Anteil der „Ja“-Antworten auf die Frage, ob die Ukraine in den kommenden Jahren EU-Mitglied werden sollte, Juni 2026, in Prozent





Quelle: eupinions (Bertelsmann Stiftung), Umfragen März 2022 und Juni 2026 · Grafik: BLZ

kommenden Jahren.

Noch deutlicher wird es bei den finanziellen Ukraine-Hilfen. Im Insa-Meinungstrend von Mitte Oktober wollen 53 Prozent der Deutschen der Ukraine weniger Unterstützung zahlen, 23 Prozent wollen das bisherige Niveau halten, nur neun Prozent mehr geben. Bemerkenswert ist dabei weniger die Ablehnung unter AfD- und BSW-Anhängern, von denen 77 beziehungsweise 78 Prozent kürzen wollen. Man sollte darauf achten, dass selbst unter den Anhängern von Union und SPD, den Parteien der Bundesregierung, jeweils 41 Prozent für weniger Hilfe sind.

Skepsis bei Waffenlieferungen steigt

Umfragen in Deutschland zur militärischen Unterstützung der Ukraine, in Prozent

Fahren Sie über eine Anzeige (auf dem Smartphone tippen) für Details. Die Markierung zeigt die 50-Prozent-Grenze.



Quellen: ZDF-Politbarometer (Februar 2024); ARD-Deutschlandtrend/Infratest dimap (September 2026) · Grafik: BLZ

Bei den Waffenhilfen sieht es ähnlich aus. Noch im Februar 2024 wollten laut ZDF-Politbarometer 62 Prozent, dass Europa mehr Waffen und Munition liefert. Laut ARD-Deutschlandtrend von Anfang September geht dagegen gut vier von zehn Befragten die militärische Unterstützung zu weit, in Ostdeutschland überwiegt die Ablehnung. Die Bundesregierung macht es den Skeptikern leicht: Sie weist bis heute nicht aus, wie viel von den rund 100 Milliarden Euro Ukraine-Hilfe tatsächlich gezahlt und wie viel nur zugesagt ist. Der Bundesrechnungshof prüft derzeit die Zahlen.

Hinzu kommt eine spürbare generelle Ukraine-Müdigkeit. Seit viereinhalb Jahren sieht man hierzulande fast immer die gleiche Szene: Wolodymyr Selenskyj in Olivgrün oder Schwarz im Parlament, auf einer Konferenz oder

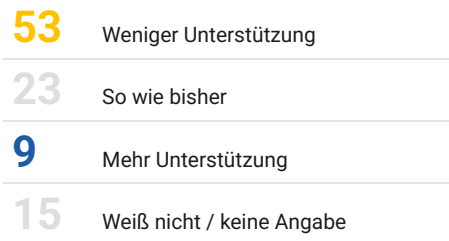
per Video zugeschaltet, und fast immer mit derselben Bitte um mehr Waffen und mehr Geld.

Im September verlangte die ukrainische Führung zusätzliche 27 Milliarden Dollar, die EU will die zweite Tranche ihres 90-Milliarden-Kredits vorziehen. Was 2022 wie der Hilferuf eines überfallenen Landes wirkte, nehmen viele inzwischen als eine Dauerschleife wahr. Zumal die Bevölkerung in Deutschland seit Kriegsbeginn selbst immer mehr schultern muss. Erst stiegen Strom- und Gaspreise, dann kam die höchste Inflation seit Jahrzehnten, und im Supermarkt kosten Lebensmittel heute deutlich mehr als vor dem Krieg. Wenn Kanzler Merz im Bundestag versichert, für die Ukraine fehle „kein Euro bei den Sozialausgaben“, dürfte das bei vielen kaum verfangen.

Mehrheit will weniger Geld für die Ukraine

Wie soll sich die finanzielle Unterstützung der Ukraine durch Deutschland entwickeln?
Antworten in Prozent

Fahren Sie über die Kästchen oder die Liste (auf dem Smartphone tippen) für Details.



1 Kästchen = 1 Prozent der Befragten

Quelle: INSA-Meinungstrend, Oktober 2026 · Grafik: BLZ

Für Johannes Varwick, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Halle-Wittenberg, ist der Befund eindeutig. Der Stimmungsumschwung sei „eindeutig da“, sagt er der Berliner Zeitung im Gespräch. Das zeigten die Umfragen, aber auch die Ergebnisse der Landtagswahlen, die sicher nicht zuletzt wegen der unpopulären Ukraine-Politik so ausgegangen seien, wie sie ausgegangen sind.

Bei der Bundesregierung sei diese Botschaft jedoch nicht durchgedrungen, weder bei CDU/CSU noch bei der SPD. Dort gebe es lediglich moderat kritische Einzelstimmen wie Armin Laschet, Michael Kretschmer oder Ralf Stegner, die andeuteten, dass Diplomatie wieder eine stärkere Rolle spielen sollte, so Varwick. Ansonsten mache die Merz-Regierung weiter „mit einer Mischung aus Durchhalteparolen und Wunschkonzert“.

Die Gründe für die wachsende Skepsis sieht Varwick in einem Bündel: Kosten, fehlende Perspektive auf ein Kriegsende, Rückzug der USA. Vor allem aber gehe es um die berechnete Kritik an der „Eindimensionalität von Waffenlieferungen ohne tragfähige politische Strategie“, an immer weiterer Eskalation und an der fehlenden Bereitschaft, mit realistischen Initiativen eine Deeskalation ernsthaft zu versuchen. Dass das 20-minütige Gespräch Wadehuls mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow in New York als diplomatische Initiative verkauft werde, nennt er „lächerlich“. „Sprechzettel mit Maximalpositionen vorzulesen ist doch keine Diplomatie“, sagt Varwick.



Johannes Varwick lehrt Internationale Beziehungen an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

© Paulus Ponizak/Berliner Zeitung

Mit mangelnder Ukraine-Solidarität habe das keineswegs zu tun, betont der Professor. Vielmehr werde deutlich, was er und einige andere bereits 2022 ein „Verheizen der Ukraine“ genannt hätten. „Diese kann den Krieg gegen Russland nicht gewinnen, und wer eine Lösung will, muss auch auf die Vorgeschichte blicken und zu einem Kompromiss kommen, mit dem beide Seiten – Ukraine wie Russland – leben können.“ Die Bundesregierung sei bisher „nicht Teil einer Lösung, sondern Teil des Problems“.

Die Vorstöße von Söder und Wadehul hält Varwick „innerhalb deren verquerer Logik“ für konsequent. Man wolle trotz maximaler Unterstützung keine eigenen Soldaten schicken, aber die Ukraine solle bis zum letzten Mann kämpfen. Das sei eine zynische Haltung, sagt Varwick.

Außenpolitik made in Magdeburg

Von der Kluft zwischen Bevölkerung und Regierung profitieren die Parteien, die seit Jahren gegen die Ukraine-Politik mobilisieren – vor allem die AfD, die in allen großen Umfragen stärkste Kraft im Bund ist. Die Parteichefin Alice Weidel macht keinen Hehl daraus, was sie vorhat, sollte die AfD Regierungsverantwortung bekommen. Die Unterstützung für die Ukraine sei sinnlos, das Land sei zu klein und habe bereits verloren, sagte sie kürzlich dem britischen The Economist. Deutschland solle Selenskyj zu einem Kriegsende drängen und nach dem Vorbild Trumps einen Diesel-Deal mit Russland schließen. Zudem sollen mehr als eine Million Ukrainer in Deutschland nach einem Friedensvertrag mit Russland in ihre Heimat zurückkehren.

Bei der Landtagswahl im September holte die AfD 43,8 Prozent, eine Regierung ohne die Partei kommt nicht zustande. Gemeinsam mit dem BSW, mit dem die AfD auf 44 der 83 Sitze kommt, setzte die Partei eine Sondersitzung zur Ukraine durch. Der gemeinsame Antrag trägt den Titel „Friedensgespräche statt Ausweitung des Krieges in der Ukraine“. Darin fordern beide Fraktionen die Landesregierung auf, über den Bundesrat ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine und die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland anzustoßen, im Mittelpunkt sollen Diplomatie und Verhandlungen stehen.

CDU, SPD, Grüne und Linke stimmten dagegen, durch kam der Antrag trotzdem. AfD-Fraktionschef Ulrich Siegmund sprach von einem „historischen Tag“, der geschäftsführende Ministerpräsident Sven Schulze (CDU) mit Blick auf die Ministerpräsidentenwahl im Dezember von einem „Brautgeschenk an das BSW“. Bindend ist der Beschluss nicht, ein Signal ist er allemal. Auch über Magdeburg hinaus.

Putins Wette auf die Erschöpfung

In Moskau verfolgt man jene Entwicklungen in Deutschland genauestens. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow warf Europa vor, „alles dafür“ zu tun, dass der Krieg in der Ukraine weitergehe, und lobte im selben Atemzug die amerikanischen Unterhändler Steve Witkoff und Jared Kushner. In der Kreml-Lesart sind die USA der Friedensstifter, die Europäer, besonders Deutsche, Franzosen und Briten, die Kriegstreiber. Zugleich lehnt die russische Führung eine 60-tägige Feuerpause für ukrainische Wahlen ab und setzt ihre Angriffe auf die Energieinfrastruktur fort.

Dahinter steht ein Kalkül: Der Kreml setzt in diesem Winter auf den Kollaps der Ukraine. Die russische Armee bombardiert Kraftwerke, Häfen und Fabriken. Nach einer Analyse unseres Autors Ben Aris will Moskau die größten Städte Kiew, Charkiw, Odessa und Lwiw vom Rest des Landes abschneiden und eine neue Fluchtbewegung nach Europa auslösen. Der Bürgermeister der Hauptstadt Kiew, Vitali Klitschko, hat die Bewohner der Millionenstadt bereits aufgefordert, sich anderswo vor Bomben und Kälte in Sicherheit zu bringen.

Stefan Meister, Russland-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), sieht darin eine gezielte Strategie Putins. Russland nutze die Krise und die Ermüdung in Europa, indem es mit Desinformation und Propaganda versuche, rechtspopulistische und prorussische Parteien zu stärken. „Das haben wir auch auf der regionalen Ebene in Sachsen-Anhalt beobachten können“, sagt Meister der Berliner Zeitung.



Junge ukrainische Rekruten bei der Gefechtsausbildung nahe der Front in Pawlohrad, Gebiet Dnipropetrowsk, im Januar 2026.

© Fabrice Hebert/imagio

Zugleich verbreite der Kreml Angst, etwa durch Drohungen mit Atomschlägen, und schüre Sorgen vor wirtschaftlichem Abstieg und hohen Energiepreisen, „als ob billiges Gas wieder möglich wäre“. Billiges Gas habe es nie gegeben, es sei nur anderweitig bezahlt worden. Auch die massive Bombardierung von Energieinfrastruktur, ziviler Infrastruktur und Zivilbevölkerung zielen darauf, eine Fluchtbewegung zu erzeugen und so die Unterstützung in europäischen Gesellschaften weiter schrumpfen zu lassen.

Deutschland ist in dieser Rechnung nach Meisters Einschätzung ein Schlüsselstaat, wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung für die EU und wegen einer „besonders vulnerablen Gesellschaft und Elite mit Blick auf den Umgang mit Russland“. Das Land sei in seinem Verhältnis zu Russland gespalten und schon immer empfänglich für russische Narrative über die Ukraine gewesen, die Ost-West-Spaltung verstärke diese Tendenzen. Deshalb werde hier besonders viel in Beeinflussung investiert, um über Deutschland die Handlungsfähigkeit Europas zu schwächen. Hinzu komme, dass Berlin der wichtigste Einzelunterstützer der Ukraine sei. Auch die Skepsis gegenüber Wehrpflicht und Bundeswehr-Modernisierung bespiegele die russische Desinformation.

Die Gründe für die Skepsis sieht Meister allerdings nicht nur in Moskau. Nach viereinhalb Jahren Krieg ohne absehbares Ende seien Ermüdungserscheinungen zu beobachten. AfD und BSW machten Stimmung gegen die Ukraine, obwohl sie wissen sollten, dass eine bloße Einstellung der Waffenlieferungen den Krieg nicht beenden, sondern ihn möglicherweise Richtung Baltikum ausweiten würde, weil Russland Kapazitäten freibekomme. Es sei aber auch „ein Versagen der regierenden Parteien“, die sich öffentlich zu wenig für einen EU-Beitritt der Ukraine einsetzten. Es fehle eine Perspektive aus dem Krieg und eine langfristige Strategie für Russland und die Ukraine, betont der Osteuropa-Analyst.

RUSSLAND-SANKTIONEN

Ukrainischer Botschafter attackiert Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft



GIPFELTREFFEN

Putin beim Afrika-Gipfel: Die antikoloniale Charmeoffensive

Der in Berlin ansässige Russland-Experte Alexander Gabujew von der Carnegie-Stiftung argumentiert, Moskaus Angriffe auf Unterstützungsinfrastruktur in Europa sollten unter anderem europäische Wähler dazu bringen, die Ukraine fallen zu lassen. Dabei ist auch Russlands Gesellschaft kriegsmüde. Laut dem Lewada-Zentrum in Moskau würden 81 Prozent der Russen ein Kriegsende unterstützen, 51 Prozent aber nicht, wenn dafür annektierte Gebiete zurückgegeben würden. Und der BND-Präsident Martin Jäger hat erstmals erklärt, Putin könne den Krieg allein aus innenpolitischen Beweggründen nicht mehr beenden.

Doch in der Diagnose sind sich selbst Kontrahenten der deutschen Ukraine-Debatte einig. Auch Varwick nennt die russische Rechnung „ganz offenkundig die kalte und brutale Strategie Russlands“. Die Frage sei immer gewesen, wer die höhere Durchhaltefähigkeit habe und wer über die Eskalationsdominanz verfüge. Beides liege bei Russland, weil für Moskau in der Ukraine vitale Interessen auf dem Spiel stünden, für den Westen aber „lediglich sehr wichtige“.



Wladimir Putin (l.) besucht am 2. Oktober 2026 einen Beobachtungsposten beim Manöver „Zentr-2026“ auf dem Truppenübungsplatz Tschebarkul im Gebiet Tscheljabinsk.

© Alexander Kazakov/afp

Gleiche Diagnose, entgegengesetzte Antworten

Aus diesem Befund ziehen Meister und Varwick entgegengesetzte Schlüsse. Doch daran lässt sich beispielhaft die deutsche Debatte im Kleinen ablesen.

Meister setzt auf Stärke. Europa könne die Ukraine noch massiver militärisch unterstützen, endlich umfassend in die Produktion von Luftabwehr investieren, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte für Kiew nutzen, härter gegen die sogenannte Schattenflotte vorgehen und Armeen wie Abschreckung gemeinsam modernisieren. Einfach sei das wegen der Schlüsselrolle der USA unter Trump nicht. Doch Moskau müsse verstehen, dass es den Krieg nicht gewinnen könne. Derzeit glaube der Kreml, dass die europäischen Gesellschaften wegen ihrer inneren Schwäche und dem Versuch, „die vermeintliche Komfortzone zu erhalten“, einknicken

würden. Der Aufstieg der Rechtspopulisten spiele Russland in die Hände. Moskau rechne damit, dass es in Ländern wie Deutschland und Frankreich bald aus ihrer Sicht prorussische Regierungen geben werde. Varwick hält genau diesen Weg für eine Sackgasse. Die einzige Möglichkeit für einen ukrainischen Sieg wäre nach seiner Einschätzung, dass westliche Staaten sich mit eigenen Soldaten in den Krieg hineinziehen ließen. Das aber würde fast zwangsläufig einen großen, heißen Krieg mit Russland bedeuten, der nuklear eskalieren könnte. Es gebe daher keine vernünftige Alternative zu einer diplomatischen Lösung, die nur durch einen Interessenausgleich und eine „realpolitische Frontbegradigung“ zustande kommen könne. Solche Gedanken würden hierzulande allerdings als Diktatfrieden oder Appeasement diffamiert. „Und wenn man das so sieht, dann will und kann man eben zu keiner Lösung kommen.“

UKRAINE-KRIEG

Ukraine-Krieg bis 2027: Putin will Ukraine im Winter wohl zermürben



UKRAINE-FRIEDENSPLAN

Militärexperte zum Ukraine-Friedensplan: „28 Punkte enthalten für die Ukraine vorteilhafte Elemente“

Dass die Merz-Regierung ihren Kurs nur besser erklären müsse, glaubt Varwick nicht. „Da ist nach meiner Einschätzung nichts mehr zu retten“, sagt er. Eine schlechte Politik müsse man in der Substanz ändern, nicht besser verkaufen. Die Kraft zu einer radikalen Kurskorrektur sehe er nicht, zu viele in der Regierung glaubten inzwischen ihre eigenen Parolen. Meister dagegen sieht das Problem gerade darin, dass die Bundesregierung ihre Politik zu wenig erklärt und die Debatte den politischen Rändern überlässt.

Geht Putins Winterplan für die Ukraine auf, werden am Berliner Hauptbahnhof und am ZOB wieder Züge und Busse mit vielen Ukrainern ankommen, wie im Frühjahr 2022. Damals warteten Hunderte Freiwillige an Gleisen und Haltestellen, mit Pappschildern, Thermoskannen und Schlafplätzen im eigenen Wohnzimmer. Ob all die Helfer von damals diesmal wiederkommen, darf offen bezweifelt werden.

Ihre Meinung ist uns wichtig. Senden Sie uns Ihr Feedback zu diesem Artikel an: briefe@berliner-zeitung.de

Lesen Sie mehr zum Thema

Ukraine

EU

Deutschland

Russland

Johannes Varwick

Berlin

AfD

